

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

4. – 6. März 2009

MdL Peter Ritter

Dringlichkeitsantrag

Diskriminierung von Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger beenden –
Äußerungen des JU-Vorsitzenden Mißfelder zurückweisen
Drucksache 5/2325

Frau Präsidentin,
Damen und Herren Abgeordnete,
Ihnen liegt ein Antrag meiner Fraktion vor, der sich mit den Aussagen eines Politikers der
Jungen Union befasst und
diese scharf zurückweisen will.

Und – ich will es gleich vorweg sagen – wir hoffen auf Zustimmung des Hohen Hauses, denn
es handelt sich nicht um irgendeinen Politiker, sondern um einen CDU-
Bundestagsabgeordneten, ein CDU-Präsidiumsmitglied und um den Vorsitzenden
der Nachwuchsorganisation der CDU.

Dieser junge Mensch hat mit seinen fast 30 Lebensjahren also schon eine gewisse politische
Erfahrung.

Philipp Mißfelder, um den es hier geht, ist also ein – so könnte man vermuten - kluger junger
Mann, wenn, ja wenn da nicht immer solche verbalen Ausrutscher von ihm kämen.

Im August 2003 meinte er kundtun zu müssen,
dass er nichts davon halte, „wenn 85-jährige noch künstliche Hüftgelenke auf Kosten der
Solidargemeinschaft bekommen.“ Und weiter „Früher sind die Leute auch auf Krücken
gelaufen.“

Ich will auch sagen, es geht mir nicht nur um Mißfelder, denn es gab auch in unserem
Bundesland schon Politiker die Menschen als Bodensatz bezeichnet haben.

Ein bekannter Finanzsenator aus Berlin meinte im
Februar 2008 absondern zu müssen, dass Untergewicht
das kleinste Problem von Hartz-IV-Empfängern sei.

Der FDP-Fraktionsvize im Berliner Abgeordnetenhaus empfahl im Dezember 2008 Rattenjagd als Hinzuverdienst, denn wer sonst Flaschen sammelt, könnte sich auch so einen Euro dazuverdienen.

Und Oswald Metzger, damals noch bei den Grünen, brachte es im November 2007 wohl ungewollt auf den Punkt als er meinte: Sozialhilfeempfänger sähen ihren Lebenssinn wohl darin, vor dem Fernseher zu sitzen und Kohlenhydrate oder Alkohol in sich hineinzustopfen.

Und damit, meine Damen und Herren, sind wir bei dem Problem, dass Wirtschaft und Politik, Politik und Wirtschaft verursachen und das gegenwärtige politische System verursachen.

Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Armut, Kinderarmut, Altersarmut.

Wer jahrelang keine Arbeit bekommen hat, der richtet sich mit dem ein, was er kriegt.

Wer jahrelang keine Arbeit bekommen hat, der hat doch keine Hoffnung mehr, dass sich das noch mal ändert.

Wer jahrelang keine Arbeit bekommen hat, der lebt doch in einer ganz anderen Welt, als Sie und ich.

Wer jahrelang keine Arbeit bekommen hat, der wird doch auch von der Gesellschaft abgeschrieben.

Und warum, meine Damen und Herren, ist das so? In der am vergangenen Freitag veröffentlichte Studie des kommunalpolitischen forums Mecklenburg-Vorpommern kommen die Wissenschaftler um Dr. Hegel und Dr. Müller zu dem Schluss, dass Armut nach wie vor als verdrängtes Randthema behandelt wird.

Meine Damen und Herren, genau das sollten wir ändern, auch hier in diesem Landtag.

Ein erster Schritt dahin wäre es aus meiner Sicht, Herr Reinhardt, dass die Junge Union hier in Mecklenburg-Vorpommern Mißfelders Äußerungen nicht unterstützt, indem sie meint, Mißfelders Äußerungen würden eine überfällige Debatte anstoßen und seine Äußerungen seien nur vielfältig interpretiert worden.

Es darf nicht Ziel verantwortungsvoller Politik sein, sich mit markigen Sprüchen auf Kosten der Langzeitarbeitslosen auch in unserem Land profilieren zu wollen.

Sinnvoller erscheint es mir, sich mit Vorschlägen hervorzutun, wie man Armut und Arbeitslosigkeit von mehr als zweihunderttausend Menschen im Land beenden kann.

Das wäre etwas im Interesse der Menschen und der Zukunft dieses Landes.

Die im Zusammenhang mit Mißfelders Äußerungen eingebrachten Vorschläge für Gutscheine für Schulspeisung, Bildungsmaterial oder Mitgliedschaften in Sportvereinen gehören für mich jedoch nicht in die Rubrik „sinnvoll“.

Denn auch Gutscheine führen zur sichtbaren Stigmatisierung von Kindern und sind deshalb ebenso eine Diskriminierung.

Meine Damen und Herren,
die Sprüche von Herrn Mißfelder diffamieren und diskreditieren die von Hartz IV und Armut Betroffenen und stärken im Zweifel nur die braunen Kameraden an der Fensterfront.

Das müsste auch Herr Mißfelder wissen und deshalb unterstelle ich ihm nicht, dass dies sein Ziel ist.

Als verantwortungsvoller Politiker hat er sich allerdings zum wiederholten Mal nicht präsentiert.
Darüber sind wir uns hoffentlich unter den demokratischen Parteien in diesem Haus einig.
Die Sozialministerin dieses Landes bezeichnete gestern dieses Politikverständnis als assozial.
Ja - Frau Ministerin, Sie haben Recht.

Deshalb kann es vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern nur ein deutliches Missfallen für Herrn Mißfelder geben.

Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag.